

2/201 | 16-2

Hess

19. 3. 1970

# Wir kommen Alfred Dregger und seine Mannschaft

Das  
Frankfurter Programm  
der **CDU**

**CDU** landesverband  
hessen

# Frankfurter Programm

der hessischen CDU für die Landtagswahl 1970

beschlossen auf dem Landesparteitag in Frankfurt  
am 19. September 1970

**Wir kommen**

**CDU**

**Alfred Dregger  
und seine Mannschaft**

# Unser Ziel für Hessen

Hessen braucht eine neue Regierung. 25 Jahre SPD-Herrschaft sind genug. Freiheit und Gerechtigkeit, Fortschritt und Chancengleichheit verlangen ein besseres politisches Gleichgewicht in unserem Lande. Hessen ist zur Zeit ohne politisches Gleichgewicht. Die SPD herrscht im Lande, in vielen Gemeinden und Landkreisen, seit Ende 1969 auch im Bund. Dieses durchgehende Machtsystem darf sich im Interesse der Demokratie nicht auf Dauer etablieren. Der SPD müssen rechtzeitig Grenzen gesetzt werden, am besten in der Landtagswahl am 8. November.

**Die CDU wirbt in dieser Landtagswahl um die Stimmen aller Bürger, die eine lebendige Demokratie und eine bessere Regierung in Hessen wollen. Die CDU hat sich jahrelang in harter Opposition auf ihre Aufgabe für Hessen vorbereitet. Sie ist der Selbstgefälligkeit, der rigorosen Machtausübung, der Parteibuchwirtschaft und dem sozialistischen Dogmatismus der SPD konsequent und mutig entgegengetreten. Die neue Dregger-Mannschaft der CDU (Durchschnittsalter 43) hat in Hessen und im Bund konstruktive Arbeit für alle geleistet. Sie ist fähig und bereit, dieses Land zu regieren. Die CDU wird eine liberale Erneuerung in Hessen bringen. Sie ist die Partei der politischen Mitte, die Reformen in Hessen durchführen will auf der Grundlage unserer demokratischen, rechtsstaatlichen und sozialen Ordnung.**

Diese Ordnung wird sie gegen sozialistische Durchdringung von Verwaltung, Schule, Universität und Öffentlichkeit entschieden verteidigen. Das Auftreten der Radikalen auf der Straße ist nur die letzte Phase einer Entwicklung, die an Universitäten und Schulen beginnt. Unsere Jugend darf nicht einseitig zugunsten sozialistischer Gesellschaftssysteme beeinflusst werden. Wir wollen, daß sie stärker als bisher mit den geistigen Grundlagen unserer im Grundgesetz verankerten politischen und gesellschaftlichen Ordnung vertraut gemacht wird. Wir werden daher an unseren Universitäten Lehrstühle für liberale Demokratie und soziale Marktwirtschaft einrichten. Wir werden dafür sorgen, daß die Schulbildung unserer Kinder die geistigen Grundlagen unserer Verfassung und unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung gebührend berücksichtigt.

# Unsere Forderungen zur politischen Erneuerung Hessens

**Wir wollen ein Land, in dem jeder erreichen kann, was er durch Leistung begründet. Über Stellung und Aufstieg, besonders im öffentlichen Dienst, muß die Leistung, darf nicht das Parteibuch entscheiden. Wir wollen eine leistungs- und sozialorientierte Modernisierung des öffentlichen Dienstes mit einer funktionsgerechten Bewertung der Ämter.**

**Wir wollen, daß sich mehr Menschen als bisher nach freier Entscheidung politisch betätigen. Wir wollen, daß Richter und Beamter, daß alle Menschen mit öffentlichen Funktionen politisch bewußt, aber gegenüber jedermann unparteiisch ihren Beruf ausüben.**

**Wir wollen Gemeinden, die ihre Probleme aus eigener Überlegung und Entscheidung lösen können. Wir wollen eine Regierung, die den Gemeinden hilft, aber sie nicht bevormundet.**

**Wir wollen die aktive politische Mitarbeit der Bürger. Die politischen Entscheidungen müssen durchsichtiger, Parlamente und Verwaltung für die Menschen zugänglicher sein.**

**Wir wollen mehr persönliche Unabhängigkeit durch Eigentums- und Vermögensbildung für alle Bürger.**

**Wir wollen mehr persönliche Sicherheit für den einzelnen durch wirksamere Verbrechensbekämpfung und durch Widerstand gegen politischen Radikalismus.**

**Wir wollen, daß die Initiativkräfte der Bürger sich auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens frei entfalten und ohne staatliche Bevormundung zum Allgemeinwohl beitragen können.**

Die CDU strebt verbesserte Lebensbedingungen für alle Menschen in Hessen an.

1. Hoher Lebensstandard und sichere Arbeitsplätze in allen Landesteilen durch eine ausgewogene soziale Strukturpolitik.
2. Chancengleichheit von Mann und Frau in der modernen Industriegesellschaft.
3. Mehr Leistung, Klarheit und Fortschritt in Schulen, Berufsausbildung und Universitäten.
4. Bessere Lebensbedingungen durch familiengerechten sozialen Wohnungsbau mit Förderung der Eigentumsbildung, einen erheblichen Ausbau der Krankenhäuser und eine Verbesserung der Gesundheitsvorsorge.
5. Besondere Sorge für leistungsschwache und behinderte Menschen.

**Die CDU will mit unverbrauchter Kraft diesen Ideen zum Durchbruch verhelfen, um das Leben in Hessen gerechter, sicherer und fortschrittlicher zu gestalten. Dazu braucht sie die Unterstützung aller Bürger dieses Landes, die nicht die Dauerherrschaft der SPD und nicht den Sozialismus wollen. Jede Stimme für eine der kleinen Parteien kommt, wenn auch ungewollt, letztlich der SPD zugute.**

# 25 Schritte in die Zukunft Hessens

## Mehr Leistung, Klarheit und Fortschritt an Schulen und Hochschulen in Hessen

### 1. Schritt: Klare Ziele und Prioritäten

Die bildungspolitischen Probleme in Hessen wachsen stärker als die bisherigen Anstrengungen und Leistungen der Politik. Ein Wirrwarr von Plänen, Programmen und Prognosen verbaut den Blick für das Notwendige, behindert die erforderliche Einheitlichkeit des deutschen Schulwesens und die grundrechtlich verbürgte Freizügigkeit. Die ideologisch-politische Ausrichtung der sozialdemokratischen Bildungspolitik verhindert eine systematische Arbeitsplanung. Katastrophales Durcheinander in den Schulen, Lehrermangel, überfüllte Klassen, Unterrichtsausfall, völlige Vernachlässigung der Berufsschule, Zulassungsbeschränkungen und Leistungsabfall an den Hochschulen sind die Folge.

**Die CDU wird Klarheit in der Zielsetzung schaffen. Die Förderung der persönlichen Bildung und der beruflichen Leistung ist die Aufgabe der modernen Bildungspolitik, nicht die Veränderung des politischen Bewußtseins auf eine bestimmte Ideologie hin.**

**Die CDU wird den Schwerpunkt ihrer Bildungspolitik auf die bisher durch die SPD sträflich vernachlässigten Bereiche legen, nämlich auf die Förderung des berufsbildenden Schulwesens, auf den Abbau des Numerus clausus an unseren Hochschulen und auf die Reform der Grundschule einschließlich der vorschulischen Bildung. Wir wollen Leistungsschulen für alle und keine Schulutopien für wenige.**

Die Vielschichtigkeit der von der CDU geforderten Bildungswege erfordert eine ständige Mitwirkung von Eltern, Schülern, Studenten und Lehrern.

Die CDU wird einen regelmäßigen und breiten Informationsfluß für alle beteiligten Gruppen sicherstellen. Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten werden in allen Fragen der Bildungspraxis funktionsgerecht ermöglicht.

## **2. Schritt: Dringlichkeitsprogramm für Vorschule und Schule**

Mit Dringlichkeitsmaßnahmen unter Ausnutzung aller vorhandenen Möglichkeiten soll ein leistungsfähiges Bildungssystem für die nächsten fünf Jahre gewährleistet werden. Wissenschaftlich kontrollierte Versuche in überschaubarem und finanziell vertretbarem Umfang sollen die Voraussetzungen für künftige Veränderungen schaffen.

**Ein Dringlichkeitsprogramm wird für die Zeit bis 1975 folgende Leistungen vorsehen.**

- 1. 30 000 neue Kindergartenplätze in Hessen und Ausbau der vorschulischen Bildungsarbeit,**
- 2. Verabschiedung eines Reformprogrammes für die Grundschulen mit dem Ziel einer individualgerechten Förderung der Kinder im bildungsfähigen Alter,**
- 3. Verwirklichung einer weitgehenden pädagogischen und organisatorischen Zusammenarbeit von Hauptschule, Realschule und Gymnasium (kooperative Gesamtschule); die Förderstufe wird wahlfrei angeboten,**
- 4. vermehrtes Angebot von Ganztagschulen und Fünftageschulen sowie Weiterführung von Modellversuchen mit integrierten Gesamtschulen gemäß den Empfehlungen des Bildungsrates,**
- 5. Modernisierungsprogramm für den Unterricht (Senkung der Klassenstärke auf höchstens 30 Kinder, Gewährleistung des Unterrichtssolls, zeitgemäße Bildungspläne unter Berücksichtigung der modernen Pädagogik, der Begabungsforschung sowie des programmierten Lernens, bessere Ausstattung mit technischen Hilfsmitteln),**
- 6. Aufstellung eines Schulreformprogrammes mit einem entsprechenden Schulbauprogramm, besonders unter den Gesichtspunkten optimaler Wirtschaftlichkeit und Rationalität,**

## **7. Förderung des Schulsports als wichtige bildungs-, kultur- und sozialpolitische Aufgabe in engem Zusammenwirken mit der Förderung des Breiten- und Leistungssports der Vereine. Grundlage dafür wird das Sportprogramm der hessischen CDU vom 20. 6. 1969 sein.**

Soweit das Schulverwaltungsgesetz die Wahlfreiheit von Eltern und Schülern zugunsten von Förderstufen und integrierten Gesamtschulsystemen einschränkt, wird die CDU es aufheben.

## **3. Schritt: Lehrerbildung und Beseitigung des Lehrermangels**

Der Erfolg der angestrebten Schulreform erfordert eine ausreichende Zahl von fachwissenschaftlich und didaktisch voll ausgebildeten Lehrern. Die Werbung für den Lehrerberuf muß in der Öffentlichkeit verstärkt werden. Solange der Lehrermangel nicht auf normalem Wege abgebaut werden kann, sollen im Interesse der Kinder provisorische Maßnahmen ergriffen werden.

Die CDU wird den Lehrermangel durch kurz- und langfristige Maßnahmen, wie verstärkten Einsatz moderner Lehr- und Lernmethoden, Einstellung von pädagogischen, technischen und Verwaltungsassistenten, Teilzeitbeschäftigung und Beschäftigung ausgeschiedener Lehrkräfte, Einsatz von Fachkräften aus der Wirtschaft für bestimmte Fächer sowie durch angemessene Vergütung der Lehraufträge überbrücken.

## **4. Schritt: Berufsschul-Sofortprogramm**

Das Berufsschulwesen muß in Hessen endlich den Rang erhalten, der ihm als Bildungsstätte für nahezu 80% der jüngeren Generation zukommt. Durch berufliche Bildung entwickelt der arbeitende Mensch seine Fähigkeiten weiter und erhält damit die Chance, den wirtschaftlichen und technischen Fortschritt voll zu nutzen. Das berufliche Voll- und Teilzeit-schulwesen ist in Berufsschulzentren zusammenzufassen. Einrichtungen zur beruflichen Fort- und Weiterbildung sind dringend zu entwickeln. Die Zusammenarbeit von Betrieb und Berufsschule muß verstärkt werden.

**Die CDU will in einem Sofortprogramm für die Berufsschulen den achtstündigen Wochenunterricht sicherstellen, der bis zum Jahre 1975 auf**

12 Wochenstunden (einschließlich Sport) auszudehnen ist. Der Einsatz von geeigneten nebenamtlichen und nebenberuflichen Lehrkräften soll dabei ebenso gefördert werden wie die Anwendung neuer technischer Hilfsmittel. Ein Berufsgrundbildungsjahr sowie fachtheoretische und berufspraktische Vollzeitkurse werden schrittweise eingeführt.

## 5. Schritt: Förderung der Privatschulen

Die freien Schulen sind Bestandteil einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie sind Schrittmacher des pädagogischen Fortschritts und entlasten Staat und Gemeinden. Abweichend von den meisten anderen Bundesländern werden sie in Hessen in ihrer Entwicklung gehemmt und in ihrer finanziellen Sicherstellung benachteiligt. Die freiheitliche Politik der CDU lehnt sozialistische Staatsmonopole auch im Bildungswesen ab.

Die CDU wird Privatschulgesetze verabschieden, die die freie Entfaltung der Privatschulen gewährleisten und ihre Finanzierung sicherstellen.

## 6. Schritt: Systematische Hochschulplanung und Beseitigung des Numerus clausus

Die Hochschulen sind zu einem politischen Krisenherd geworden. Trotz steigender Abiturientenzahlen in Hessen wurde noch keine neue Universität gebaut. Es studieren mehr hessische Studenten an außerhessischen Universitäten als umgekehrt. Der Numerus clausus ist das sichtbarste Zeichen der bildungspolitischen Fehlentwicklungen. Ohne die Leistung finanzschwächerer Nachbarländer würden noch mehr Studenten dem Numerus clausus zum Opfer fallen, als es heute schon der Fall ist. Der politischen Radikalisierung und marxistischen Durchdringung werden Tür und Tor geöffnet. In den nächsten Jahren müssen die Universitäten des Landes ausgebaut, neue Universitäten und Fachhochschulen errichtet werden.

1. Die CDU wird für Hessen eine systematische und offene Planung, das heißt der Öffentlichkeit zugängliche Planung, entwickeln.
2. Der Numerus clausus muß mit einem Drei-Ebenen-Plan beseitigt werden. Neben der Aufstellung eines Dringlichkeitsprogrammes zum Aus-

bau der Hochschulkapazitäten für die nächsten drei Jahre und einer weitgehenden Objektivierung der Aufnahmeverfahren muß ein Gesamthochschulplan erstellt werden, der die räumlichen und personellen Kapazitäten der Hochschulen für die nächsten zehn Jahre festlegt. Dieser Gesamthochschulplan muß mit der Finanzplanung des Landes koordiniert werden.

3. Gleichzeitig müssen die Planungstechniken auf dem Bildungssektor verbessert werden.

Grundlage dieser Planung sind die Analyse der Hochschulsituation in der Gegenwart, der internationale und bundesweite Vergleich, die Hochschulstatistik, die Bedarfsplanung und die Bedarfsprognose sowie Leistungskriterien für die Wirtschaftlichkeit der staatlichen Investitionen im Hochschulbereich.

## 7. Schritt: Hochschulneugründungen

Eine von der CDU geführte Landesregierung wird drei neue Gesamthochschulen

in Kassel	(Endkapazität 12 000 Studenten)
in Fulda	(Endkapazität 8 000 Studenten)
in Frankfurt (M) II	(Endkapazität 10 000 Studenten)

bis zum Jahre 1974 gründen. An diesen neuen Gesamthochschulen sollen in einem Vierjahres-Schwerpunktprogramm 15 000 Studienplätze geschaffen werden. Die vorhandenen Universitäten in Frankfurt, Darmstadt, Gießen und Marburg sollen um insgesamt 5000 Plätze erweitert werden.

Als weitere Standorte für Fachhochschulbereiche sind die Städte Alsfeld, Bad Hersfeld, Bensheim, Gelnhausen, Groß-Gerau, Limburg, Offenbach, Weilburg, Wetzlar und Wiesbaden vorzusehen.

## 8. Schritt: Innere Freiheit der Hochschulen

Große Gefahr droht dem Fortbestand der wissenschaftlichen Forschung und Lehre durch die innere Krise der Universität. Sozialistischer Dogmatismus und marxistische Heilslehre sind wie jeder andere weltanschauliche Absolutheitsanspruch Totengräber einer freien Wissenschaft. Die Universitätsverfassung muß daher jedem Hochschulangehörigen freie

Entfaltungsmöglichkeiten im Rahmen des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses garantieren.

Soweit das hessische Universitätsgesetz einer einseitigen Politisierung und Ideologisierung Vorschub leistet und die verfassungsmäßige Freiheit der Wissenschaft gefährdet, wird die CDU es aufheben. Entscheidungen in Forschungs-, Prüfungs- und Berufungsfragen werden wir Personen übertragen, die sich selbst entsprechend qualifiziert haben. Dem zunehmenden Druck, Berufungen und Ernennungen nach dem ideologischen Bekenntnis vorzunehmen, wird entschieden entgegengetreten. Mitwirkung und Mitbestimmung werden wir nach Anteil und Kompetenz funktionsgerecht und nicht nach Paritätsdogmen gestalten.

## 9. Schritt: Studienreform

Studienreform und Hochschulorganisation bedingen einander. Über den Fragen der Hochschulorganisation wurden zu lange die dringenden Probleme der Studienpraxis vernachlässigt. Übersichtliche Studiengänge und Straffung der Studien- und Prüfungsordnungen gehören zu einer zeitgemäßen akademischen Ausbildung. Diese muß sich an modernen Berufsbildern und den Anforderungen der heutigen Gesellschaft orientieren.

Studienreform und Intensivierung der Forschung müssen künftig in engem Kontakt mit Wirtschaft, Verwaltung und anderen außeruniversitären Einrichtungen weiterentwickelt werden.

## 10. Schritt: Erwachsenenbildung

Die Erwachsenenbildung muß der ständigen Wissenserweiterung sowie der Förderung der schöpferischen menschlichen Fähigkeiten dienen. Bei wachsender Technisierung und Arbeitszeitverkürzung erfüllen ihre Träger eine wesentliche Funktion in Beruf und Freizeit.

Wir werden staatliche und freigemeinnützige Einrichtungen der Erwachsenenbildung gleichrangig fördern; die Bildungsarbeit der Jugendverbände ist dem gleichzustellen. An Schulen und Hochschulen werden Sonderkurse für Erwachsene und Berufstätige eingerichtet. Die CDU wird sich hierbei für Stipendien einsetzen, die vom Staat oder steuerfrei von Betrieben gewährt werden.

# Bessere Lebensbedingungen in Hessen

## 11. Schritt: Mehr innere Sicherheit

Die innere Sicherheit unseres Landes ist durch ansteigende Kriminalität und wachsenden politischen Radikalismus gefährdet. Mangelnde Koordination der vollzugspolizeilichen Instanzen sowie ausweichendes Verhalten der Verantwortlichen bei politisch motivierten Delikten machen Verbrechen und kriminelle Ausschreitungen oftmals risikolos. In zahlreichen Fällen ist es der Polizei unmöglich, ihren Schutz- und Sicherungsauftrag angemessen zu erfüllen.

Die CDU wird die Verbrechensvorbeugung und -bekämpfung in einer wirklichkeitsorientierten Kriminalpolitik, die nicht an Ländergrenzen haltmachen darf, verstärken. In den Großkreisen (Verwaltungsregionen) werden vollzugspolizeiliche Mittelinstanzen geschaffen, um gegen Gewaltverbrecher, reisende Täter, organisierte Banden, Wirtschafts- und Rauschgifttäter sowie verfassungsfeindliche Kräfte wirkungsvoller ermitteln zu können. Justiz, Strafvollzug und Polizei werden modernisiert, nicht politisiert. Auswahl, Aus- und Weiterbildung sowie Führung und Ausstattung der Polizei, insbesondere im mittleren Dienst, werden bei leistungsgerechter Besoldung verbessert.

## 12. Schritt: Besseres Wohnen

Die CDU wird ein Wohnungsprogramm verwirklichen, das

1. den Wohnungsbedarf zu angemessenen Mieten und Kosten deckt und soweit wie möglich zur Eigentumbildung für breite Schichten der Bevölkerung beiträgt,
2. den unterschiedlichen Bedarf folgender Gruppen besonders berücksichtigt:
  - Familien in Notunterkünften
  - kinderreiche Familien
  - Einkommensschwache
  - alte Menschen
  - junge Familien
  - Gastarbeiterfamilien

3. die Leistungen des Wohngeldgesetzes alle zwei Jahre der inzwischen eingetretenen Entwicklung anpaßt,
4. jungen Ehepaaren zur Gründung des Hausstandes zinsfreie Einrichtungsdarlehen gewährt,
5. ein Sonderprogramm enthält, das im Mietpreis zwischen dem sozialen und dem freifinanzierten Wohnungsbau liegt und den Bürgern angeboten wird, die eine billige Sozialwohnung frei machen, damit untere Einkommenschichten mit billigeren sozialen Wohnungen versorgt werden können.
6. Die CDU tritt für die Bildung von Mieterbeiräten bei den großen Wohnungsgesellschaften ein, die die Interessen der Mieter gegenüber den Gesellschaften auf allen Ebenen bis zu den Aufsichtsorganen wahrzunehmen haben.
7. Die CDU tritt dafür ein, daß öffentliche Sozialwohnungen den Mietern zum Mietkauf angeboten werden.
8. Die CDU wird die Modernisierung des Althausbesitzes sowie die Stadt- und die Gemeindesanierung verstärkt fördern. Auch dabei wird sie darauf achten, daß das Grundeigentum breit gestreut bleibt.

### 13. Schritt: Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für die Gemeinschaft

Auch in unserer Zeit arbeiten viele Bürger ehrenamtlich zum Wohle ihrer Mitmenschen und der Gemeinschaft in Vereinen, Verbänden und Einrichtungen aller Art. Ihr Einsatz ist so vielfältig wie die Gesellschaft, in der wir leben. Er reicht von der Sozial- und Gesundheitsfürsorge über die Jugendpflege, die Kulturpflege, den Brand- und Katastrophenschutz, die Welt des Berufes, die Pflege der hessischen Heimat und des Zusammenhalts der Heimatvertriebenen bis zum weiten Felde des Sports, der Erholung und der Freizeit. Alle Bürger zeigen durch ihr Beispiel, daß auch unsere Gemeinschaft ohne die Dienst- und Opferbereitschaft ihrer Glieder nicht existieren kann. Diese Bürger verdienen nicht nur den Respekt, sondern auch das Verständnis und die Förderung derjenigen, die in Staat und Gemeinden Verantwortung tragen.

Eine von der CDU geführte Regierung wird den ehrenamtlichen Einsatz hessischer Bürger für ihre Mitmenschen und die Gemeinschaft fördern.

Zu diesem Zweck wird sie zusammen mit den zuständigen Vereinen und Verbänden Programme für die Zusammenarbeit entwerfen und verwirklichen.

### 14. Schritt: Hilfe bei Krankheit und Gesundheitsvorsorge

Die Medizin macht schnelle Fortschritte. Aufgabe der staatlichen Gesundheitspolitik ist es, diese Fortschritte allen Bürgern ohne Rücksicht auf ihr Einkommen ohne große zeitliche Verzögerung nutzbar zu machen. Dazu muß ein angemessener Anteil der staatlichen Steuereinnahmen bereitgestellt werden.

Die CDU will

- um der Freiheit der Arztwahl willen die freie ärztliche Berufsausübung gegen alle Verstaatlichungstendenzen verteidigen,
- ein bedarfsgerecht gegliedertes und umfassendes System leistungsfähiger Krankenhäuser aufbauen,
- den öffentlichen Gesundheitsdienst verbessern
- und die Gesundheitserziehung und Gesundheitsvorsorge fördern.

Die CDU wird

1. die Zahl der Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst erhöhen,
2. in den ländlichen Räumen die Niederlassung junger Ärzte fördern,
3. in den Städten bzw. zentralen Orten die Einrichtung von Arztzentren unterstützen,
4. alle Einrichtungen der Hauspflege (Hauspflegeverbände, kommunale und kirchliche Gemeindestationen, die Arbeit der Familienhelferinnen und dgl.) fördern,
5. mit Hilfe eines auszubauenden werksärztlichen Dienstes im Rahmen der Arbeitsmedizin den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, in Betrieben und Verwaltungen verbessern.

Die CDU wird ferner

6. ein Krankenhausprogramm verwirklichen, das 7,4 Krankenhausbetten je 1000 Einwohner in regional und fachlich gut gegliederten Akut-



Krankenhäusern bereitstellt, damit auch in Hessen der Bundesdurchschnitt erreicht wird,

7. zwei weitere diagnostische Zentren in Kassel und Darmstadt einrichten, die vor allem den Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung zur Verfügung stehen sollen.
8. Die CDU wird den öffentlichen Krankenhäusern eine Struktur geben, die folgendes ermöglicht:
  - a) alle Patienten erhalten ohne Rücksicht auf ihr Einkommen die gleiche bestmögliche ärztliche und pflegerische Versorgung;
  - b) allen Patienten werden auch solche Leistungen angeboten, die gegenwärtig zumeist von Privatpatienten in Anspruch genommen werden können, wie beispielsweise flexible Besuchszeiten, Auswahl in der Verpflegung, Telefon am Krankenbett und dergleichen;
  - c) die Krankenhäuser werden so gegliedert, daß
    - mehrere, von leitenden Ärzten voll verantwortlich geleitete, überschaubare Einheiten entstehen;
    - auf der Ebene des Krankenhauses und der Zentren nach einem Statut unter einheitlicher Leitung kollegial und kooperativ zusammengearbeitet wird;
  - d) eine Verteilung der Liquidationserlöse erreicht wird, bei der alle Mitarbeiter des ärztlichen Dienstes angemessen und leistungsgerecht beteiligt werden.
9. Die CDU wird einen Krankenhausfinanzierungsplan vorlegen, der außer Investitionen auch die Finanzierung der Betriebskosten der kommunalen und der freigemeinnützigen Krankenhäuser sicherstellt. Bis zu einer befriedigenden Bundesregelung wird das für die kommunalen Krankenhäuser durch eine erhebliche Aufstockung des Krankenhauslastenausgleichs des Landes unter Berücksichtigung der Fremdbelegung der Krankenhäuser geschehen. Für die freigemeinnützigen Krankenhäuser wird eine ihrer Eigenart entsprechende Regelung getroffen.

## 15. Schritt: Hilfe im Alter

Der Anteil unserer älteren Bürger an der Gesamtbevölkerung wird in den nächsten zehn Jahren weiter zunehmen. Daher ist es notwendig, den Menschen auf das Alter als eine dritte Lebensphase vorzubereiten und

ihm die Möglichkeit zur aktiven Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern.

1. Die CDU will den alten Menschen die eigenständige Lebens- und Haushaltsführung möglichst lange erhalten. Sie wird daher Altenberatungsstellen zur Orientierungshilfe in allen Lebenslagen errichten. Um den Kontakt der älteren Menschen zur Umwelt zu erleichtern, wird sie den Bau von Tagesstätten, Erholungsheimen und Aufenthaltsräumen fördern.
2. Die CDU wird Altenwohnungen und Altenwohnheime als Alternativen zum herkömmlichen Altenheim verstärkt fördern. Sie wird Altenkrankeheime (Altenpflegeheime) mit Vorrang verwirklichen. Ebenso muß die ambulante Altenhilfe ausgebaut werden. Die CDU wird bis 1974 in einem Dringlichkeitsprogramm 10 000 Plätze in Altenwohnheimen und Altenwohnungen sowie 7000 Plätze in Altenpflegeheimen fördern.
3. Die CDU wird wie in der Gesundheitsfürsorge, so auch in der Altenbetreuung die Arbeit freigemeinnütziger Einrichtungen tatkräftig unterstützen.

# Das neue Hessen

## 16. Schritt: Landesprogramm 1974

Gleichwertige Arbeits- und Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes zu schaffen, ist das Ziel der CDU in Hessen. Diese Aufgabe soll erfüllt werden durch eine soziale Strukturpolitik, die grundlegende politische Reformen der Raumordnung, der Verwaltung, der Finanzen und der Bildung mit Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft, des Verkehrs und der Attraktivität der Lebensräume verbindet. Die SPD hat acht kostbare Jahre vertrödelte. Das bereits 1962 gesetzlich geforderte Landesraumordnungsprogramm wurde erst 1970 verabschiedet.

Die CDU wird ihre Raumordnungspolitik für ein modernes Hessen in einem Vierjahresprogramm zusammenfassen.

Die fünf Schwerpunkte dieses Programms sind:

1. Ein Rhein-Main-Programm, das unter besonderer Berücksichtigung der Stadtentwicklung, der Schaffung eines S-Bahn- und Straßen-



# Alfred Dregger und seine Mannschaft

von links: Walter Leisler Kiep, Otto Zink,  
Christian Schwarz-Schilling, Erna-Maria Geier, Alfred Dregger,  
Richard Bayha, Walter Wallmann, Hans Wagner, Heinz Riesenhuber

schnellverkehrssysteme, der Schaffung von Naherholungszentren sowie der Maßnahmen für den Umweltschutz vorgelegt wird. Es soll gewährleistet, daß neben der wirtschaftlichen Entwicklung die Lebensinteressen der Menschen nicht weiter vernachlässigt werden.

2. Strukturpläne für die Planungsregionen Nordhessen, Mittelhessen, Osthessen und Südhessen mit Entwicklungsschwerpunkten für Arbeit, Bildung, Gesundheit sowie Freizeit und Erholung. Ziel der Strukturpläne für Nordhessen und Osthessen ist der Abbau des immer noch bestehenden krassen Wohlstandsgefälles von Süd nach Nord und zum Zonenrand hin. Es gilt, in diesen Teilen Hessens positive Alternativen zum Rhein-Main-Gebiet zu schaffen, die sie für die Standortentscheidungen der Unternehmer und für die Wohnsitzentscheidungen der Arbeitnehmer attraktiver machen.
3. Ein Zonenrandförderungsprogramm auf gesetzlicher Grundlage. Diese Förderung ist eine politische Aufgabe mit dem Ziel, die Benachteiligungen der Zonentrennung abzubauen und Lebensbedingungen zu schaffen, die denen in anderen Teilen des Landes gleichwertig sind. Wir wollen die Bemühungen verstärkt fortsetzen.
4. Ein Forschungsprogramm für die Landesentwicklung bis zum Jahre 2000 insbesondere im Hinblick auf die Entwicklungsmechanismen in den Verdichtungsräumen und in ländlichen Gebieten einschließlich der Stadt- und Ortsplanung, der Arbeitsplatzentwicklung sowie des Umweltschutzes.
5. Ein hessisches Programm zum Schutz der Umwelt im Rahmen der Bundes- und Landesgesetze, das die Initiativen der verschiedenen Ministerien und der Gemeinden zusammenfaßt. Damit will die CDU in koordinierter Forschung, Gesetzgebung und Überwachung den Anspruch der Menschen auf reine Luft, sauberes Wasser, Schutz vor Lärm und die Erhaltung und Neuschaffung von Erholungsgebieten verwirklichen.

## 17. Schritt: Das modern gegliederte Hessen

Hessen wird 25 Jahre nach dem Krieg noch immer nach völlig veralteten Prinzipien verwaltet. Es gibt zu viele Verwaltungsebenen übereinander und zu viele Verwaltungseinheiten nebeneinander. Der Verwaltungswirrwarr wird nur noch von Experten durchschaut. Hinzu kommt, daß die

ohnehin mangelhafte Gebietsabgrenzung in keiner Weise auf die Bedürfnisse einer modernen Raumordnung Rücksicht nimmt. 39 Landkreise sind zuviel, Kleingemeinden in ihrer Leistungsfähigkeit für den Bürger unzureichend.

Ein dreistufiger Verwaltungsaufbau genügt: Gemeinde — Großkreis (Verwaltungsregion) — Land.

Die SPD hat versagt. Hessen ist heute in der Gebietsreform das Schlußlicht unter den Bundesländern.

**Bis zum Jahre 1974 wird die CDU den hessischen Rückstand in der Gebietsreform aufholen.**

1. Die CDU wird dafür sorgen, daß durch eine raumordnungsgerechte Verwaltungsreform funktionsfähige Gemeinden geschaffen werden und wieder echte kommunale Selbstverwaltung möglich wird.
2. Sie wird für den notwendigen Gemeindezusammenschluß neben der Einheitsgemeinde die Verbandsgemeinde als zusätzliche Möglichkeit anbieten. Die Verbandsgemeinde ist ein Zusammenschluß selbständig bleibender Gemeinden, wobei die Beschlußzuständigkeiten zwischen der Verbandsgemeinde und den verbandsangehörigen Gemeinden geteilt sind, die Verwaltungsarbeit dagegen allein von der hauptamtlichen Verwaltung der Verbandsgemeinde wahrgenommen wird.
3. Die CDU wird die Landkreise zu Großkreisen zusammenschließen, die als Verwaltungsregion zugleich die Aufgabe der Regionalplanung wahrnehmen und für alle Planungs- und Vollzugsaufgaben zwischen Gemeinden und den Zentralbehörden des Landes zuständig sind. Die Regierungsbezirke werden aufgelöst.
4. Die zweckmäßigerweise für das ganze Land zentral wahrzunehmenden Verwaltungsaufgaben werden in einem Landesverwaltungsamt zusammengefaßt, auf das bei gleichzeitiger Verkleinerung der Ministerien auch deren Verwaltungsaufgaben übertragen werden.

## 18. Schritt: Vernünftige Finanzpolitik

Die bundesstaatliche Ordnung in Deutschland verlangt ein konjunkturgerechtes Verhalten des Bundes, der Länder und Gemeinden. Wenn insbesondere Preisstabilität und damit Vollbeschäftigung gefährdet sind, muß eine antizyklische, mittelfristige Finanz- und Wirtschaftspolitik Ge-

gengewichte schaffen. Die Finanzmittelverteilung zwischen Land, Verwaltungsregionen und Gemeinden muß aufgabengerecht sein und den kleineren Gebietskörperschaften eine eigenständige Entwicklungspolitik ermöglichen.

1. Die CDU wird die Landeshaushaltspolitik in Planung und Ausgabenverhalten stärker nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausrichten. Jeweils zu Beginn einer Legislaturperiode wird sie ein Landesinvestitionsprogramm und ein Gemeinde-Entwicklungsprogramm für vier Jahre vorlegen. Unter Ausschöpfung aller haushaltsrechtlichen Möglichkeiten werden die Investitionsausgaben konjunktursprechend flexibel gesteuert.
2. Werden aus konjunkturpolitischen Gründen Maßnahmen im Rahmen der öffentlichen Haushalte getroffen, so sind diese unter Berücksichtigung der strukturpolitischen Zielsetzung regional differenziert zu gestalten.
3. Der Finanzausgleich zwischen Land, Verwaltungsregionen und Gemeinden wird eine aufgabengerechte Struktur erhalten, die den Prinzipien der Selbstverwaltung entspricht. Die Bestimmungen des sogenannten Investitionshilfegesetzes, die den Gemeinden laufende Einnahmen entziehen, werden sofort aufgehoben.

## 19. Schritt: Sicherung der Stabilität und Wirtschaftsfreiheit

Der Wohlstand unseres Landes wird sich nur dann in den nächsten 10 bis 15 Jahren verdoppeln, wenn die Chancen einer freien beruflichen und wirtschaftlichen Betätigung erhalten, eine Politik des sozialen Ausgleiches betrieben, die Stabilität von Währung und Preisen gewahrt, die Bildung und Erhaltung des privaten Eigentums gefördert und die innere staatliche Ordnung gefestigt werden. Als industrielles Kernland im Herzen Deutschlands und Europas verfügt Hessen über besonders günstige natürliche Voraussetzungen, die durch eine vorausschauende Politik im Interesse aller Bürger weiter zu verbessern sind.

Mit ihrer Politik der sozialen Marktwirtschaft setzt die hessische CDU ein klares Gegengewicht gegen sozialistische und staatsdirigistische Entwicklungen. Die für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung unerläßliche Entfaltung der Unternehmerinitiative muß gewährleistet sein. Die Konkur-

renzfähigkeit der Klein- und Mittelunternehmen darf durch wettbewerbsverzerrende Konzentrationsbewegungen nicht beeinträchtigt werden. Die private Wohlfahrt aller Bürger hat Vorrang. Das Privateigentum muß gesichert sein. Die vorbildliche Erfüllung der notwendigen öffentlichen Aufgaben dient der Sicherheit und Freiheit des einzelnen. Bei den Gemeinschaftsaufgaben (Verkehr, Strukturpolitik, Hochschulen, Gesundheitswesen) müssen klare Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern geschaffen werden.

Die Vernachlässigung der Stabilität durch Bund und Land ist in höchstem Maße unsozial, weil dadurch alle Lohn- und Gehaltsempfänger, vor allem aber Rentner, Sparer und Bezieher von starren Einkommen betroffen sind und alle Maßnahmen zur Vermögensbildung durch die inflationäre Politik sinnlos werden. Eine Rückkehr zur Stabilitätspolitik in Bund und Land ist unerläßliche Voraussetzung für ein gesundes wirtschaftliches Wachstum und für die Sicherung der Arbeitsplätze.

## 20. Schritt: Soziale Arbeitswelt

Sichere Arbeitsplätze sind Voraussetzung dafür, daß alle Menschen am wirtschaftlichen Fortschritt teilnehmen. Die CDU wird Arbeitsplätze und die industrielle Entwicklung insbesondere dort fördern, wo es im Interesse der Angleichung der Arbeitseinkommen erforderlich erscheint.

Die hochtechnisierte Wirtschaft ist ständigen Strukturveränderungen unterworfen. Die Zahl der Arbeitnehmer wird immer größer. Chancengleichheit und Existenzsicherung für alle erfordern eine zukunftsorientierte und soziale Strukturpolitik.

Deshalb wird die CDU in Hessen

1. das im Lande Hessen bestehende starke wirtschaftliche und soziale Gefälle beseitigen,
2. öffentliche Mittel zur Schaffung zukunftsorientierter Strukturen gezielt einsetzen,
3. Nachteile der von Strukturveränderungen Betroffenen ausgleichen, insbesondere durch rechtzeitige Information, durch Erstellung von Sozialplänen, durch besondere Berücksichtigung der Interessen älterer Arbeitnehmer.

Die Mitarbeit der Frauen in Gesellschaft und Wirtschaft ist unverzichtbar. Deshalb fordert die CDU Hessen:

1. gleichberechtigte Aufstiegsmöglichkeiten der Frau im Beruf;
2. stärkere Beteiligung der Frau in der gesamten Ordnung der Arbeitswelt;
3. für die durch Familie und Beruf doppelt belastete Frau ein vermehrtes Angebot von qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen;
4. die Erleichterung der Rückkehr der Frau in das Berufsleben.

## 21. Schritt: Mittelstandsförderung

Die mittelständische Wirtschaft in Handel, Handwerk, Gewerbe und Industrie ist tragende Säule des wirtschaftlichen Wachstums in unserem Land. Ihre strukturprägende Bedeutung und ihr vielfältiges, ortsnahes Arbeitsplatzangebot müssen durch die Landespolitik anerkannt und gefördert werden.

Die CDU wird alles unternehmen, um die mittelständische Wirtschaft in ihrem Streben nach Rationalisierung, Eigenkapitalbildung und Arbeitsplatzverbesserung zu unterstützen. Zusätzliche Belastungen und staatliche Eingriffe in ihr Gefüge werden abgelehnt. Sie wird Initiativen unterstützen, um eine unterschiedliche Besteuerung von entnommenen und reinvestierten Gewinnen zu ermöglichen. Um dem Ungleichgewicht in der Lehrlingsausbildung gegenüber den Großunternehmen zu begegnen, müssen staatlich geförderte, überbetriebliche Ausbildungsstätten den Klein- und Mittelbetrieben und dem Handwerk zur Verfügung stehen.

## 22. Schritt: Hilfe für die Landwirtschaft

Die um Rationalisierung und Anpassung bemühte Landwirtschaft ist durch Erlöseinbußen und die inflationär bedingten Betriebsmittelverteuerungen schwer betroffen. Um sowohl Voll- als auch Nebenerwerbsbetrieben eine Zukunftschance zu erhalten, müssen die Förderungsmaßnahmen auf die Besonderheiten und die tatsächlichen Bedürfnisse beider Betriebsformen ausgerichtet sein.

Die CDU wird die Landwirtschaft in ihrem schweren Existenzkampf nicht allein lassen.

1. Vollerwerbsbetriebe sind durch flächenmäßige Vergrößerung und hohe technische Ausrüstung in die Lage zu versetzen, ein dem allgemeinen Wirtschaftswachstum angepaßtes Einkommen zu erwirtschaften. Die hessischen Siedlungsgesellschaften müssen dieser Tatsache Rechnung tragen. Sie sollen auch durch Bodenvorratshaltung dort eingeschaltet werden, wo Landankauf durch Landwirte aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich ist. Dieses Land ist preisgünstig an Landwirte zu verpachten.
2. Investitionen, die mit einer Betriebsvergrößerung verbunden sind, müssen durch Zuschüsse und Zinsverbilligung gefördert werden.
3. Flurbereinigungen sind bevorzugt dort durchzuführen, wo ein hoher landwirtschaftlicher Nutzeffekt zu erwarten ist.
4. Durch Modellvorhaben soll die Möglichkeit der Kooperation landwirtschaftlicher Betriebe erprobt werden. Steuerliche oder rechtliche Vorschriften, die die Kooperation hemmen, sind zu beseitigen.
5. Einkommensmäßige und soziale Benachteiligungen der Landwirte müssen beseitigt werden. Dazu gehören der Ausbau der landwirtschaftlichen Altershilfe, des Krankenversicherungsschutzes sowie eine Erhöhung der Landabgaberente. Die Rentenbemessungsgrundlage bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften muß bei Vermeidung weiterer Betriebsbelastungen erhöht werden. Durch praxisnahe Landesmaßnahmen ist die Wettbewerbsfähigkeit des hessischen Weinbaues im EWG-Bereich zu sichern.
6. Die CDU wird den in der SPD aufkommenden Tendenzen zur Sozialisierung des Grund und Bodens, wie zum Beispiel des Waldbesitzes, mit Entschiedenheit Widerstand leisten.

## 23. Schritt: Aktion „Ferienland Hessen“

Im hessischen Fremdenverkehr sind stärkere Zuwachsraten möglich, wenn das Land in seiner Infrastrukturpolitik auf die besonderen Notwendigkeiten der Fremdenverkehrsgemeinden eingeht.

Die CDU wird im Rahmen ihrer Raumordnungspolitik ein Aktionsprogramm „Ferienland Hessen“ durchführen, in dem neben der allgemeinen Fremdenverkehrsförderung spezielle Maßnahmen für die Steigerung der Kurz- und Naherholung getroffen werden.

## 24. Schritt: Neuer Generalverkehrsplan

Die Zukunft Hessens als Schnittpunkt des europäischen Verkehrs zwischen Nord und Süd und Ost und West hängt eng mit dem Ausbau seines Verkehrsnetzes zusammen.

1. Der veraltete Verkehrsbedarfsplan muß zu einem Generalverkehrsplan für Hessen fortentwickelt werden.
2. Die CDU wird den Verkehrswegebau mit dem Ziel fördern, von jeder Gemeinde in Hessen eine Autobahn oder eine andere mehrspurige kreuzungsfreie Schnellverkehrsstraße in einer Fahrtzeit von höchstens 30 Minuten zu erreichen.
3. Die CDU wird ein Sonderprogramm für den Ausbau der Ortsdurchfahrten und Ortsumgehungen entwickeln.
4. Die CDU unterstützt die Bemühungen der Bundesbahn, das elektrische Streckennetz in Hessen zu vergrößern.
5. Ebenso wird die CDU finanzielle Hilfen des Landes für den Bau der S-Bahn in Frankfurt (M) und seinem Umland gewähren. Dieses System ist in Zusammenarbeit mit der Bundesbahn zu einem Schnellbahnnetz für das ganze Land auszuweiten mit Städteverbindungen zwischen Frankfurt (M), Darmstadt, Heidelberg, Mannheim, Mainz, Wiesbaden, Koblenz, Limburg, Gießen, Marburg, Fulda, Kassel und Göttingen.
6. Die CDU wird dafür eintreten, daß ein regionales Luftverkehrsnetz in Hessen entwickelt wird.
7. Die CDU setzt sich für eine Verbesserung und Ausweitung der Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit ein.

## 25. Schritt: Mitwirkung bei der Länderneugliederung

Die CDU bekennt sich zu einem modernen, kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik. Unser bundesstaatlicher Aufbau ist jedoch gefährdet, wenn nicht in naher Zukunft eine territoriale und funktionale Neugliederung in Deutschland erreicht wird. Ziel ist die Schaffung von leistungsstarken Bundesländern, deren Grenzen nach den Erfordernissen der großflächigen Raumordnung und Wirtschaftsstruktur zu bestimmen sind. Die grenzüberschreitende Regionalplanung muß gefördert werden.

Die CDU wird die Schaffung eines neuen Bundeslandes im Südwesten unterstützen, soweit die Einheit der Wirtschaftsräume Rhein-Main und Rhein-Neckar hergestellt wird.

# Unsere Verantwortung für Deutschland

Die Bewahrung und Fortentwicklung der freiheitlichen und sozialen Ordnung im Innern setzt die Erhaltung der äußeren Sicherheit voraus. Die hessische CDU sieht sie durch die Außen- und Deutschlandpolitik der jetzigen Bundesregierung gefährdet. Der friedliche Ausgleich mit unseren östlichen Nachbarvölkern erfordert die Wahrung auch der deutschen Rechte und Interessen, insbesondere des Selbstbestimmungsrechts. Die CDU lehnt die Politik der einseitigen Zugeständnisse ab und fordert gleichwertige Gegenleistungen der Sowjetunion. Da solche im Moskauer Vertrag nicht enthalten sind, müssen sie durch weitere Verhandlungen erreicht werden. Das gilt für Berlin. Das gilt in gleicher Weise für die Zonengrenze, die Hessen und Thüringen trennt.

Bei den jetzt anstehenden Verhandlungen über Berlin und die innerdeutschen Beziehungen ist unbedingt zu fordern:

1. die vertragliche Absicherung der engen Bindung Berlins an die Bundesrepublik Deutschland. Dies schließt die internationale Vertretung Berlins durch den Bund, freien Zugang für Menschen und Güter und damit die Lebensfähigkeit der Stadt und schließlich die Wiederherstellung der Freizügigkeit in ganz Berlin ein.
2. Verbesserungen für die Menschen im geteilten Deutschland. Gewaltverzichtsabkommen müssen auch Gewaltanwendung an der Demarkationslinie mitten in Deutschland beenden.

Weiter fordern wir die Bundesregierung auf,

- die politische Einigung Europas zur wichtigsten Aufgabe der deutschen Politik zu machen,
- die Stärkung des Bündnisses und die unverminderte Präsenz der amerikanischen Verbündeten in Europa mit Vorrang sicherzustellen.



Alfred Dregger

## Liberales Erneuerung in Hessen

● Rede zum Programm der hessischen CDU  
auf dem Frankfurter Parteitag am 19. September 1970

Die SPD ist dabei, eine neue Position zu beziehen. Ihr Schwerpunkt verlagert sich von der liberalen Mitte zur radikalen Linken. Sie bezieht eine sozialistische Position in der Innenpolitik wie in der Außenpolitik. Beide Felder der Politik sind nur zwei Seiten derselben Medaille. In beiden geht es um die zukünftige gesellschaftliche Ordnung ganz Deutschlands und ganz Europas.

● Deutschland und Europa werden entweder sozialistisch oder freiheitsstaatsrechtlich sein. Dieser Auseinandersetzung können wir nicht ausweichen. Eine Konvergenz der beiden Systeme kann es nicht geben. Die Demokratie kann nicht durch den Sozialismus vollendet werden, wie Sozialisten meinen, denn Freiheit und Sozialismus sind unvereinbar. Das zeigt die Praxis aller sozialistischen Staaten; das zeigt das Schicksal der CSSR.

Die CDU braucht eine klare, eindeutige und von der SPD deutlich abgegrenzte Position. Das erwarten die Menschen in unserem Lande. Das verlangt die Sache, um die es geht. Um das zu können, müssen wir den Dingen auf den Grund gehen, der Politik die geistige und moralische Dimension zurückgeben. Es ist die Aufgabe dieses Parteitages, auf diesem Fundament ein Haus zu bauen, ein Haus, in dem die Bürger dieses Landes menschenwürdig, ohne Zwang und frei leben können.

## **SPD reif zur Ablösung**

Die SPD kann das nicht mehr garantieren. Sie ist als Regierungspartei verbraucht. Sie ist zur Ablösung reif. Wir erleben zwar in diesen Wochen vor der Wahl keinen Tag, ohne daß ein neuer Plan vorgelegt wird. Diese Flut von Plänen der sozialdemokratischen Landesregierung erweist aber nur eines: daß die Sozialdemokraten ihren Führungsanspruch vor dieser Wahl nicht auf Leistungen, sondern nur noch auf Versprechungen zu gründen vermögen.

Den Zukunftsutopien der Planverfasser steht eine Wirklichkeit gegenüber, die erschreckend ist.

Wir haben überfüllte Klassenzimmer, zu wenige Lehrer.

Im Sekundarschulwesen jagt eine Systemänderung die andere.

Neue Schulen werden gebaut und stehen nach wenigen Jahren leer.

Wir haben desolate Verhältnisse an unseren Universitäten.

Unsere Berufsschulen sind unterentwickelt. Die Grundschulreform ist nicht einmal im Ansatz vorhanden.

Wir haben eine sich ständig steigende Kriminalität und einen sich ausbreitenden politischen Radikalismus. Diesem Radikalismus von links entgegenzutreten, sind die Verantwortlichen in diesem Lande nicht mehr bereit.

Uns fehlen moderne Krankenhäuser. Die vorhandenen sind vielfach überaltert. In der Zahl der Krankenhausbetten liegt Hessen unter dem Bundesdurchschnitt. Uns fehlen Kindergärten und andere soziale Einrichtungen. Eine Raumordnungspolitik gibt es in diesem Lande bis heute nicht. Der Konzentration im Rhein-Main-Gebiet mit all den negativen Folgen für den Umweltschutz steht ein sich ausweitendes Sozial- und Wirtschaftsgefälle zu den anderen Regionen unseres Landes gegenüber.

In der Gebietsreform ist Hessen das Schlußlicht unter den Bundesländern. Dafür haben wir eine Personalpolitik nach dem Parteibuch, die nicht mehr von der Verfassung gedeckt wird.

## **CDU — die politische Kraft der Erneuerung**

Am 8. November 1970 wird darüber entschieden, ob das so bleiben soll. Wer das nicht will, kann sich bei dieser Landtagswahl nur für die CDU entscheiden. Wir sind die einzige Alternative zur SPD. Alles andere zählt

nicht, diesmal auch nicht die hessische FDP. Sie hat sich bereits vor der Wahl der SPD angeschlossen. Das ist nicht aus politischer Überzeugung geschehen, sondern aus rein opportunistischen Erwägungen. Die hessische FDP hat ihre alten liberalen Wähler schon bei der Bundestagswahl verloren, und sie glaubt nicht, sie zurückgewinnen zu können. Sie hat sie abgeschrieben. Sie klammert sich an die Hoffnung, durch ein Votum für die SPD ihre linke Anhängerschaft halten und dadurch noch einmal die 5-Prozent-Klausel übersteigen zu können.

Das ist keine Politik mehr, das ist nur noch Opportunismus. Was soll eine Oppositionspartei, die bereits vor der Wahl, ohne das Votum des Wählers abzuwarten, erklärt, sie wolle dafür sorgen, daß die Regierungspartei, gegen die sie opponiert, auch nach der Wahl Regierungspartei bleiben soll. Wer die Dauerherrschaft der SPD will, braucht die FDP nicht. Er kann gleich SPD wählen. Wer die Dauerherrschaft der SPD nicht will, kann die FDP nun auch nicht mehr gebrauchen. Sie hat am 18. Juli 1970 aus Angst vor dem Tode der 5-Prozent-Klausel Selbstmord begangen. Schade.

Wir werden alles tun, um über den 8. November hinaus zur politischen Heimat auch der hessischen Liberalen zu werden, nicht nur der sogenannten Nationalliberalen, sondern aller freiheitlich gesinnten Bürger, die sich nicht opportunistisch, sondern politisch entscheiden wollen. Wir werden darüber hinaus alle Kräfte sammeln, die nicht die Dauerherrschaft der SPD und nicht den Sozialismus ihrer neuen Linken wollen. Es ist die Aufgabe dieses Wahlkampfes, die Bürger dieses Landes davon zu überzeugen, daß es sinnlos ist, die Stimmen auf viele kleine Parteien zu zersplittern. Allein durch die Konzentration der nicht sozialistischen Stimmen auf die CDU kann dieses Land sein politisches Gleichgewicht zurückgewinnen und sich eine freiheitliche Zukunft sichern.

In der Lage, in der sich unser Land befindet, können wir unsere Ziele nicht kurz abstecken. Ohne Rücksicht auf frühere Wahlergebnisse sind wir angetreten unter dem Motto: „Wir kommen — damit unser Land besser regiert wird.“

Wir bieten den hessischen Bürgern eine Führungsmannschaft aus Persönlichkeiten, die sich in ihren Berufen bewährt und die ihre Qualifikation in der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik nachgewiesen haben. Wir bieten ein Programm, nicht der Anpassung an den Sozialismus, sondern ein Programm der Alternativen, ein Programm der liberalen Erneuerung Hessens.



## Was heißt liberale Erneuerung?

Diese Grundtendenz durchzieht unser Programm wie ein roter Faden.

1. Lassen Sie mich unsere Vorstellungen zu einer freiheitlichen Bildungspolitik wie folgt zusammenfassen:

Wir wollen freie Schulen, die zusammenarbeiten, verschiedene Schulformen, zwischen denen wir wählen können, keinen Zwang und kein Staatsmonopol, auch nicht im Bildungswesen.

Wir wollen Leistungsschulen für alle, nicht Schulutopien für wenige.

Wir wollen Hochschulen, die der Forschung und Lehre, die der Wissenschaft dienen, nicht politische Anstalten, an denen sozialistische Kader zum Umsturz unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung herangebildet werden.

2. Wir wollen eine bessere Krankenhausversorgung. Ihr ist nicht mit sozialistischen Ladenhütern aus der Klassenkampfzeit gedient. Es kann nicht darauf ankommen, den Status der Privatpatienten zu verschlechtern. Es geht vielmehr darum, die Versorgung der Sozialversicherten zu verbessern. Es geht auch um eine bessere und leistungsgerechtere Vergütung der ärztlichen Mitarbeiter und des pflegerischen Personals. Das alles hängt von der finanziellen Sicherstellung der Krankenhäuser ab, für die wir uns seit langem einsetzen.

Um der Freiheit der Arztwahl willen werden wir die Freiheit der ärztlichen Berufsausübung gegen alle Verstaatlichungstendenzen verteidigen.

3. Wir garantieren, daß die Freiheit der Unternehmer und der Arbeitnehmer im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft gewahrt bleibt. Wir sind Zeuge geworden, wie ein dafür nicht zuständiger Landesfinanzminister zur Befriedigung seiner radikalen Parteifreunde einen für mittelständische Unternehmen konfiskatorischen Erbschaftssteuergesetzentwurf vorgelegt hat. Uns geht es um eine Steuerreform, die das ganze System gerechter und übersichtlicher macht, nicht aber um den Versuch, ein kleines — fiskalisch unbedeutendes — Gebiet in einer Weise vorweg zu regeln, die Steuerflucht und Steuerhinterziehung fördert.

4. Wir fordern eine breitere Vermögensbildung, um die Freiheit des einzelnen auch wirtschaftlich abzusichern. Statt durch Steuergelder eine ungeheure Kapitalmacht in den Händen weniger Wohnungsgesellschaften anzuhäufen, muß mehr Bürgern zu Wohnungseigentum jeder Art

verholphen werden. Wir wenden uns entschieden gegen die Tendenz, den Grund und Boden zu sozialisieren, wie es nicht nur nachdrücklich von der Parteijugend der FDP, sondern auch von starken sozialistischen Kräften auf dem Bundesparteitag der SPD gefordert worden ist. Der Mensch wird nicht frei durch das Kollektiv, sondern durch eine eigene, auch wirtschaftlich abgesicherte Freiheitsphäre.

5. Wir treten ein für die Wiederherstellung der gemeindlichen Selbstverwaltung in Hessen. Wir wenden uns gegen die zunehmende Gängelung der Gemeinden durch den Staat. Wir wollen freie Gemeinden, die sich tatsächlich selbst verwalten, nicht Institutionen, die der Versuchung ausgesetzt werden, sich durch Schecks korrumpieren zu lassen, die Minister kurz vor den Wahlen verteilen. Zur Wiederherstellung der gemeindlichen Selbstverwaltung wollen wir die Gemeinden vergrößern, sie durch zusätzliche Kompetenzen und Finanzmittel stärken und durch eine umfassende Gebietsreform ein Verwaltungssystem verwirklichen, das in seiner Dreistufigkeit Gemeinde — Verwaltungsregion — Land einfach, wirksam, übersichtlich und damit der Mitwirkung des Bürgers offen ist.

6. Wir werden der unerträglichen Ämterpatronage und Parteibuchwirtschaft der SPD ein Ende machen. Die Vorgänge um den Frankfurter Polizeipräsidenten Littmann zeigen nur die Spitze des Eisbergs. Die vollständige Identifizierung von Partei und Staat hat in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes zur Unfreiheit und einseitigen Ausrichtung der Bediensteten geführt. Wir wollen ein Land, in dem jeder erreicht, was er durch Leistung begründet, ohne Rücksicht auf sein Parteibuch.

## Politik für Deutschland

Das sind unsere Ziele für Hessen. Wir tragen aber auch Verantwortung für Deutschland. Unsere freiheitlich-rechtsstaatliche Ordnung wird nicht nur von innen gefährdet. Sie wird auch von außen bedroht. Diese Landtagswahl hat auch bundespolitische Bedeutung, weil an ihrem Ausgang auch die Bonner Koalition gemessen werden wird.

Von der FDP hieß es kürzlich, daß es eine deutschlandpolitische Atempause der hessischen CDU gebe. Davon kann keine Rede sein. Diese Frage bewegt mehr noch als die verfehlte Preis- und Konjunkturpolitik der Linksregierung die Gemüter der Menschen.

Wem die Zukunft Deutschlands am Herzen liegt, der kann sich mit dem Moskauer Vertrag der Herren Bahr und Scheel nicht einverstanden erklären. Gewiß, unsere Entscheidung ist noch nicht gefallen. Wenn aber die von der Bundesregierung noch immer zurückgehaltenen Protokolle und die Verhandlungen über die noch offenstehenden Fragen nicht eine andere Beurteilung rechtfertigen, werden wir diesen Vertrag ablehnen müssen. Daran kann kein Zweifel sein.

Im Augenblick geht es um etwas anderes. Es gilt zu verhindern, daß bei der Regelung der Berlinfrage und der innerdeutschen Beziehungen ebenso dilettantisch und für die deutsche Sache schädlich verfahren wird wie bei der Aushandlung des Moskauer Vertrages.

Als befriedigend sehen wir nicht die Versicherung guten Willens der Gegenseite, nicht geringfügiges Entgegenkommen in der Passierscheinfrage an.

Wir fordern die Anerkennung und vertragliche Sicherstellung der Zugehörigkeit des freien Berlin zur Bundesrepublik, soweit dadurch die Vorbehaltsrechte der ehemaligen Alliierten nicht berührt werden. Diese Regelung muß zugleich die Mindestforderungen der Humanität auch für die Berliner sicherstellen. Aber es geht nicht nur um Berlin. Wir Hessen kennen die Zonengrenze, die uns von Thüringen trennt. Auch diese Grenze muß ihren unmenschlichen Charakter verlieren. Es ist absurd, Gewaltverzichtsabkommen auszuhandeln, die ausgerechnet das Gebiet ausnehmen, in dem täglich Gewalt geübt wird. Es wird Aufgabe der Bundesregierung sein, die klare Haltung der CDU in ihren künftigen Verhandlungen mit der anderen Seite zur Verstärkung der deutschen Position besser zu nutzen, als es in Moskau geschehen ist.

Wenn wir jetzt in die Beratung unseres Programmentwurfs eintreten, muß jede Einzelfrage in Richtung auf unser politisches Ziel gesehen werden. Lassen Sie es mich so formulieren:

Wir wollen frei bleiben.

Wir wollen eine soziale, gerechte und freiheitliche Ordnung.

Diese Ordnung werden wir weiterentwickeln und gegen innere und äußere Bedrohungen verteidigen.

Die Bürger dieses Landes sollen wissen: Auf die hessische CDU ist Verlaß. Wir haben unsere Aufgabe erkannt und werden sie erfüllen.

